

Wolfgang Lemb

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall



Fachtagung „Chance – Energiewende – Markt?!“

04. Dezember 2014

IG Metall Vorstand, Konferenzraum 1

Energiewende und nachhaltige Industriepolitik

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

wenn wir heute über die Energiewende reden, dann sprechen wir über ein sehr langfristig angelegtes Projekt. Wir haben vier Jahrzehnte eines grundlegenden Umbaus vor uns.

Bis dahin soll der Ausstoß von Treibhausgasen um 80 Prozent reduziert werden. Bis zum Jahr 2022 werden wir die letzten Atomkraftwerke abschalten. Wir werden unsere Netze ausbauen und in „intelligente“ Infrastruktur investieren.

Und nicht nur das. Im Kern geht es um die energetische Basis unserer Industriegesellschaft und ihrer Produkte.

Es geht um CO₂-arme besser noch CO₂-neutrale Produktion und Mobilität ebenso wie um Energieeinsparungen in Gewerbe, privaten Haushalten und Gebäuden.

Wir sind uns in der IG Metall darüber einig: Wir brauchen die Energiewende, ohne sie werden wir die notwendigen klimapolitischen Maßnahmen nicht erfolgreich umsetzen können. Da können wir die Verantwortung nicht auf zukünftige Generationen verschieben.

Wir sind uns aber auch einig: Die Energiewende muss nicht nur klimapolitisch erfolgreich sein. Sie muss gerade auch industriell ein Erfolg werden.

Ich selbst bin fest davon überzeugt, dass die Energiewende mit der Innovationsfähigkeit des industriellen Sektors steht und fällt.

Gerade die deutsche Industrie kann sich mit einer breiten Produktpalette auf einem „Energiewende-Markt“ hervorragend positionieren - von hocheffizienten Werkstoffen in der Stahl- oder Aluminiumindustrie, über „smarte Hausgeräte“ und vielfältige Effizienzanwendungen im Maschinenbau, bis zum Kraftwerksbau - ob Windenergieanlage oder hocheffiziente Kraftwerkstechnik – oder bis zu neuen HGÜ-Stromleitungen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wenn ich heute so in die Runde schaue, dann sehe ich viele Kolleginnen und Kollegen aus eben diesen Branchen und Unternehmen vertreten.

In der Energiewende stecken also vielfältige Chancen für unsere Technologiebranchen. Dabei eröffnen neuen Technologien den Unternehmen nicht nur Märkte der Zukunft, sie sichern bereits heute hunderttausende Arbeitsplätze.

Alleine mit Energieeffizienz sind inzwischen über 400.000 neue Arbeitsplätze entstanden – so im zweiten Monitoringbericht zur Energiewende nachzulesen, den die Bundesregierung im März dieses Jahres veröffentlicht hat.

Über 60.000 dieser Arbeitsplätze sind in Industriebranchen entstanden.

Die Vorteile der Energieeffizienz sind enorm und die technologischen Lösungen sind vielfach bereits als marktfähige Produkte vorhanden.

Dennoch ist die Energieeffizienz auch heute noch der „schlafende Riese“ der Energiewende. Auch die Politik hat hier bisher zu wenig getan.

Wenn wir die Energiewende in Deutschland hinbekommen wollen, dann ist der Gebäudebereich dafür ein Schlüsselsektor, weil er für 40 Prozent des Energieverbrauchs und für ein Drittel der CO₂-Emissionen in Deutschland steht.

Bisher treten wir bei der energetischen Gebäudesanierung allerdings auf der Stelle. Das muss sich dringend ändern.

Gestern wurde vom Bundeskabinett neben anderen energie- und klimapolitischen Vorlagen auch der „Nationale Aktionsplan für Energieeffizienz“ beschlossen.

Die Gebäudesanierung nimmt darin einen zentralen Bereich ein. Beschlossen wurde die Erhöhung des Fördervolumens für Gebäudesanierungsmaßnahmen und die Einführung von steuerlichen Abschreibungen für Effizienzmaßnahmen im Gebäudesektor und weitere Einzelmaßnahmen.

Ein Schritt in die richtige Richtung, aber da ist noch viel Luft nach oben. Auch bei Bürogebäuden und Produktionshallen.

Wir haben uns als IG Metall immer wieder für eine stärkere Fokussierung auf das Thema Energieeffizienz eingesetzt.

Eine unserer Forderungen war die Einführung eines Energieeffizienzfonds. Die Bundesregierung geht jetzt den Weg wettbewerblicher

Ausschreibungen von Energieeffizienzmaßnahmen. Sie sollen den Einsatz von Querschnittstechnologien wie den Austausch alter Pumpensysteme, den Einsatz effizienter Kälte- und Wärmetechnik in der Produktion oder auch von Green-IT vorantreiben. Energieeffizienz soll zum neuen Geschäftsmodell entwickelt werden.

Ein weiteres Vorhaben sind die mit der Industrie verabredeten 500 Firmennetzwerke für Energieeffizienz, die 2015 an den Start gehen sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da steckt viel Potential drin, für die Energiewende und - wenn ich einmal beim Titel unserer Veranstaltung bleibe - für den „Energiewende-Markt“. Für Investitionen die wir wollen und für innovative Produkte und technologische Lösung.

Es geht also nicht um das „Ob“ der Energiewende, sondern darum wie wir den Weg hin zu einer gelungenen Energiewende gestalten.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch wenn wir die eben kurz skizzierten Chancen eines Energiewende-Marktes kennen, werden sie sich nicht überall quasi im Selbstlauf einstellen.

Die Energiewende wird nur erfolgreich sein, wenn wir Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Klimapolitik in die richtige Balance bringen.

Vor diesem Hintergrund – und weil uns die Bedeutung einer gelingenden Energiewende für den Industriestandort Deutschland sehr bewusst ist – haben wir eine gemeinsame Unterschriftenaktion der Industriegewerkschaften „Für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze“ auf den Weg gebracht.

Worum geht es uns dabei?

Um es gleich vorweg zu nehmen, wir stellen nicht die Energiewende an sich in Frage. Wir wollen aber deutlich machen, dass es dabei um viel mehr geht, als um den Streit über kurzfristige Kraftwerksschließungen.

Es geht um Klimaschutz und um eine sichere Energieversorgung. Es geht um wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrie genauso, wie um bezahlbare Energiekosten für die privaten Haushalte.

Und ich als Gewerkschafter sage, wir dürfen dabei nie die Folgen für die Arbeitsplätze in den Industriebranchen außen vor lassen.

Deshalb heißt Energiewende für uns, wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranbringen und parallel dazu konventionelle Kraftwerke für eine sichere Energieversorgung und für eine kostengünstige Energieversorgung nutzen.

Anti-Kohlekampagnen machen es sich da zu einfach.

Um es mit den Worten von Klaus Stratmann im Handelsblatt zu sagen:

„Kohlekraftwerke sind zwar keine schützenswerte Spezies mit unbegrenzter Überlebensgarantie. Aber man sollte den Ausstieg aus der Kohleverstromung schon behutsam betreiben.“

Wir werden sie noch für Jahrzehnte für eine verlässliche und vergleichsweise kostengünstige Form der Stromerzeugung brauchen.

Da werden wir auch in Zukunft ganz genau hinsehen und die Politik nicht aus der Verantwortung lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen die Energiewende mit einer nachhaltigen Industriepolitik begleiten. Darin sehen wir die besten Voraussetzungen damit ein solch umfassender Strukturwandel gelingen kann.

Was heißt das konkret? Ich will dazu gerne einige praktische Erfahrungen aus unseren IG Metall Branchen nennen.

Es ist zum Beispiel höchste Zeit den Strukturwandel in der Stromerzeugung nicht nur energiewirtschaftlich in Megawatt zu denken. Wir müssen auch klären, welche Folgen veränderte Rahmenbedingungen für die Kraftwerkstechnik haben werden. Das gilt für die erneuerbaren Energien ebenso, wie für den konventionellen Kraftwerksbau.

Erfahrungen mit der deutschen Photovoltaik-Industrie zeigen, wie durch wenig verlässliche Förderanreize und eine fehlende Industriepolitik kurzfristige Strohfeuer entfacht werden können, ohne dass es zu einer stabilen Branchen- und Beschäftigungsentwicklung kommt.

Ähnliches darf uns beim Windenergie-Anlagenbau nicht passieren. Gerade der Ausbau der Offshore-Windenergie ist für die norddeutschen Küstenregionen aus beschäftigungs- und industriepolitischer Sicht eine große Chance. Wir haben bei der Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes deutlich gemacht, wie wichtig langfristig verlässliche Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sind.

Deshalb haben wir uns um die Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes im ersten Halbjahr intensiv gekümmert. Einige von Euch waren bei unserem Fachgespräch in Berlin im Mai dabei gewesen.

In Bezug auf die erneuerbaren Energien waren wir uns in einem Punkt einig. Das EEG muss auch in Zukunft für stabile Rahmenbedingungen und damit für Investitionen in erneuerbare Energien sorgen.

Bei der Photovoltaik werden wir voraussichtlich in diesem Jahr den vorgesehenen Ausbaukorridor von 2.500 Megawatt nicht erreichen. Die Unklarheiten über die zukünftigen Konditionen haben mit dazu beigetragen, dass Investitionen ausgeblieben sind.

Das darf sich bei der Windenergie nicht fortsetzen. Wir wollen auch in Zukunft eine verlässliche Vergütung über das EEG. Eine schnelle Umstellung auf sogenannte Ausschreibungsmodelle ist für uns keine geeignete Perspektive.

Solange sich Ausschreibungen nicht als das bessere System tatsächlich bewährt haben – bisher steht dieser Nachweis ja noch aus – wollen wir

keine vorschnelle Umgestaltung der Vergütungsregelungen im EEG schon ab 2017.

Was wir brauchen ist Planungssicherheit für Unternehmen und Arbeitsplätze.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute sehen wir, dass die Kraftwerksbauer zunehmend unter Druck geraten. Nicht weil sie keine hocheffiziente, innovative Technologie anzubieten hätten, die für die Energiewende auch gebraucht wird.

Aber ohne verlässliche Rahmenbedingungen, wie in Zukunft Versorgungssicherheit und Kapazität bei der Stromversorgung sichergestellt werden, bleiben Investitionen aus. Selbst notwendige Serviceleistungen für Kraftwerke schieben die Energieversorger inzwischen auf die lange Bank.

Unsere Sorge ist mehr als berechtigt, Umstrukturierungen und Beschäftigungsabbau haben schon begonnen. In den nächsten Monaten muss es uns gelingen diesen negativen Trend aufzuhalten. Denn die Energiewende braucht innovative hocheffiziente Kraftwerkstechnik.

Ebenfalls gestern hat das Bundeskabinett nun ein sogenanntes Grünbuch, also einen ersten Diskussionsvorschlag, für eine Reform des Strommarktes vorgelegt.

Wir werden die komplexen Fragen einer Ausgestaltung eines veränderten Strommarktes sorgfältig diskutieren müssen. Dennoch

dürfen wir die Entscheidung darüber, ob und wie zukünftig ein notwendiger Kapazitätsmarkt ausgestaltet werden soll nicht auf die lange Bank schieben.

Denn eines ist auch hier sehr deutlich zu sehen. Wir brauchen möglichst zügig Klarheit darüber, welche Kraftwerke auch in Zukunft gebraucht werden.

Auch hier gilt, wir brauchen Planungssicherheit für Unternehmen und Arbeitsplätze.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viel wird für uns davon abhängen, ob es gelingt die Energiewende so auszugestalten, dass wir die gesamte industrielle Wertschöpfungskette in Deutschland erhalten können.

Vom Stahl bis zu den weiterverarbeitenden Branchen. Denn gerade aus diesem Zusammenspiel bezieht die deutsche Industrie ihre Innovationsstärke. Auch die Energiewende gewinnt dabei, denn sie ist ohne die Produkte aus der Metall- und Elektroindustrie nicht denkbar.

Damit wir dieses Potential für die Energiewende auch in Zukunft nutzen können, brauchen wir wettbewerbsfähige Stromkosten.

Hier haben wir im ersten Halbjahr dieses Jahres mit der Reform des EEG eine wichtige Stellschraube geschafft. Gerade für die energieintensive Industrie sorgen die Ausnahmeregelungen für die notwendigen Entlastungen bei den Strompreisen und sichern stabile Rahmenbedingungen.

Ich sehe in der Reform des EEG in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel, wie es uns gelingen kann die notwendige Balance zwischen Energiewende, Wirtschaft und Arbeitsplätzen zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich will noch ein weiteres Beispiel anführen, das uns als IG Metall sehr stark betreffen wird. Die Elektromobilität.

Auch hier wird deutlich, wie wichtig es sein wird bei der Energiewende das Zusammenwirken unterschiedlicher Branchen nicht aus den Augen zu verlieren.

Wir wissen eben ganz genau, dass alle Anstrengungen bei der Elektromobilität erst dann tatsächlich CO₂-Emissionen einsparen werden, wenn wir Strom aus erneuerbaren Energien tanken.

Für die IG Metall geht es auch bei der Elektromobilität um eine Balance zwischen Wirtschaft, Arbeitsplätzen und ökologischer Modernisierung.

Es geht nicht nur darum neue Autos auf den Markt zu bringen. Es geht auch um die Sicherung tausender von Arbeitsplätzen.

Denn Strukturwandel muss auch sozial tragfähig sein. Er passiert nicht losgelöst von Beschäftigten, deren Einkommen und Arbeitschancen. Das wird leider oft genug übergangen.

Die IG Metall nutzt dafür die Möglichkeiten als Akteur in der nationalen Plattform für Elektromobilität. Von uns in Auftrag gegebene Studien haben gezeigt, es ist möglich die Beschäftigtenzahl in der Automobilindustrie zu halten und trotzdem auf Elektromobilität umzusteuern.

Das wird aber nur gelingen, wenn Politik und Unternehmen mit daran arbeiten die Wertschöpfung und Beschäftigung am Standort Deutschland zu sichern und auszubauen. Diese Zusage haben wir in der Plattform Elektromobilität eingefordert.

Jetzt müssen wir die Unternehmen in die Pflicht nehmen, ihre Zusage auch einzuhalten. Dass wir uns darauf nicht ausruhen können, zeigt uns ganz aktuell die Ankündigung von Daimler, die einzige Batteriezellenfertigung in Deutschland zu schließen.

Das ist der falsche Weg. Schließlich ist die Batterie der Kern der neuen Elektro-Fahrzeuge, sie macht rund 40 Prozent der Wertschöpfung aus.

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen brauchen wir auch und gerade die Produktion von Zukunftstechnologien, sonst werden die entscheidenden Zulieferer künftig vielleicht nicht mehr aus Deutschland kommen.

Da wollen und müssen wir als IG Metall gegensteuern.

Letzte Woche hat die Nationale Plattform Elektromobilität ihren Fortschrittsbericht 2014 der Bundesregierung übergeben. Vom selbst gesteckten Ziel Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu machen sind wir weit entfernt.

Statt 1 Million Elektroautos bis 2020 werden es nach heutigem Stand nur halb so viele werden. Im internationalen Vergleich liegen wir nicht an der Spitze sondern im Mittelfeld.

Also kein Grund zu übergroßer Freude. Der Markt alleine wird es nicht richten. Auch hier sind industriepolitische Konzepte gefragt.

Die Nationale Plattform Elektromobilität ist dafür der geeignete Rahmen, sie hat Vorschläge entwickelt. Die Politik aber auch die Unternehmen müssen sie aufgreifen und umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe mir ganz bewusst eine Reihe von Beispielen aus sehr unterschiedlichen Bereichen herausgesucht. Denn mit unserer heutigen Veranstaltung wollen wir auch zeigen, wie vielfältig die Chancen und die Herausforderungen sind, die sich mit der Energiewende verbinden.

Wir wollen die Energiewende weiter voranbringen, wir wollen die Chancen eines Energiewende-Marktes nutzen.

Das kann uns gelingen, wenn wir den damit verbundenen industriellen Strukturwandel zugunsten von Beschäftigten und Standorten aktiv gestalten.

Industriepolitik ist dafür ein wichtiges Instrument. Gute Industriepolitik kann nur mit Mitbestimmung und der Einbindung von Betriebsräten und Gewerkschaften funktionieren.

Gerade in Zeiten des Wandels ist es notwendig die Interessen der Belegschaften in die betriebsinterne und in die öffentliche Diskussion einzubringen. Betriebsräte werden meist als erste aufmerksam, wenn im Betrieb oder der ganzen Branche Probleme entstehen. Und sie arbeiten im Interesse der Beschäftigten daran mit, diese zu beheben.

Die Betriebsräte der IG Metall sind erfahrene Manager in Sachen produktiver Problemlösungen.

Ich bin gespannt auf die Beispiele und Erfahrungsberichte, die wir heute Vormittag noch hören werden.

Unsere Aufgabe als IG Metall wird es sein, die Energiewende mit einer aktiven und nachhaltigen Industriepolitik auf dem richtigen Kurs zu halten.

Vielen Dank